



An alle Abgeordneten zum  
Europäischen Parlament

Wien, am 5. November 2012

## **EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru als Prüfstein für Gewerkschaftsrechte**

*Sehr geehrte Abgeordnete zum Europäischen Parlament!*

Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit auf die weitere Behandlung des Freihandelsabkommens mit Kolumbien und Peru lenken. Ungeachtet der **nachdrücklichen und wiederholten Einwände der internationalen Gewerkschaftsbewegung** wird nun dem Europäischen Parlament ein äußerst problematisches Verhandlungsergebnis zur Abstimmung vorgelegt.

**Für den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Österreichische Bundesarbeitskammer (BAK) stellt die weitere Behandlung des Abkommens einen Prüfstein für den Stellenwert von Gewerkschaftsrechten in den Außenhandelsbeziehungen der EU dar. Umso mehr hoffen wir, dass die parlamentarischen Beratungen diese Schwächen offenlegen und zu einer Zurückweisung des vorliegenden Abkommens führen.**

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), die Trade Union Confederation of the Americas (TUCA) und die Global Unions haben sich bereits mit einem detaillierten Schreiben zur Situation der Gewerkschaften in Kolumbien und Peru an Sie gewandt. Der Abschluss des Abkommens läuft Gefahr, **die fortgesetzten Verletzungen fundamentaler Gewerkschaftsrechte zu legitimieren**. Darüber hinaus blieb das Druckmittel ungenutzt, die Verhandlungen angesichts der dramatischen Menschenrechtslage in Kolumbien zu suspendieren und frühzeitig ihren Fortgang von verbindlichen und nachdrücklichen Maßnahmen zur Stärkung der Gewerkschaftsrechte abhängig zu machen. Diese Versäumnisse wiegen angesichts des menschenrechtlichen Ausnahmezustands in Kolumbien besonders schwer. Kolumbien bleibt das mit Abstand gefährlichste Land der Welt für gewerkschaftliche Arbeit und hat in den letzten Jahrzehnten eine gravierende Schwächung der Gewerkschaftsbewegung erfahren. Nach wie vor wird der gängigen Praxis des Ermordens, Bedrohens und „Verschwindenlassens“ von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unzureichend begegnet. Das anhaltende Problem der Straflosigkeit dieser Taten verdeutlicht vor allem auch, wie viel noch für den **Aufbau von Kapazitäten zum besseren Schutz von Gewerkschaftsrechten** getan werden muss.

Vor diesem Hintergrund ist es umso fahrlässiger, dass in der Textierung des Freihandelsabkommens **nicht einmal absolute Mindeststandards berücksichtigt** wurden. Sein Nachhaltigkeitskapitel ist vom rechtsverbindlichen Streitbeilegungsmechanismus des Abkommens ausgenommen. Damit ist eine weitere Möglichkeit ungenützt geblieben, der Einhaltung und Durchsetzung von elementaren Gewerkschaftsrechten mehr Nachdruck zu verleihen. Diese und andere Einwände blieben gerade auch von der Europäischen Kommission in den Verhandlungen unberücksichtigt. Wir erlauben uns in diesem Zusammenhang, auch auf die frühzeitigen und detaillierten Einwände von Seiten der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinzuweisen<sup>1</sup>. Die Europäische Union muss sich endlich ihrer **Verantwortung für den Auf- und Ausbau globaler sozialer Rechte** stellen.

Das Europäische Parlament hat bereits mit der Zurückweisung des ACTA-Abkommens menschenrechtliche Standards in der europäischen Handelspolitik nachdrücklich eingemahnt.

**Umso mehr hoffen wir auf Ihre Unterstützung, die weitere Behandlung des Abkommens zu einem Prüfstein für den Stellenwert von Gewerkschaftsrechten in den Außenhandelsbeziehungen der EU zu machen. Deswegen ersuchen wir Sie, sich für eine Ablehnung des vorliegenden Freihandelsabkommens einzusetzen.**

Mit freundlichen Grüßen

**Erich Foglar**

*Präsident*

*Österreichischer Gewerkschaftsbund*

**Herbert Tumpel**

*Präsident*

*Österreichische Bundesarbeitskammer*

---

<sup>1</sup> AK-Stellungnahme zur Fortführung von Verhandlungen mit Kolumbien über ein Assoziationsabkommen und zum Verhandlungsstand betreffend nachhaltige Entwicklung (DS 1001/10) – März 2010. [http://www.akeuropa.eu/de/publication-full.html?doc\\_id=113&vID=43](http://www.akeuropa.eu/de/publication-full.html?doc_id=113&vID=43); AK-Stellungnahme: Ja zu verbindlichem Nachhaltigkeitskapitel! Neue Mitentscheidungskompetenz des Europäischen Parlaments in der Handelspolitik aktiv für Sozial- und Umweltnormen nützen! – März 2010. [http://www.akeuropa.eu/de/publication-full.html?doc\\_id=116&vID=43](http://www.akeuropa.eu/de/publication-full.html?doc_id=116&vID=43); [ÖGB-Stellungnahme zum Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Zentralamerika \(DS 296/09\) und zum Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit den Andenstaaten \(MD 313 REV1\) vom 19. Mai 2009.](#)